

## Die Erhaltung unseres Standes.

### Forderungen an die Bürgerlich-demokratische Partei.

Die sogenannte „Demokratisierung des Wiener Gemeinderates“ hat die bestrebliche Tendenz gezeigt, das mittelständische Bürgertum von der Mitarbeit vollständig auszuschalten. Die bürgerlichen Gemeinderatsparteien, die Mandate zu vergeben hatten, haben die seit Jahren bestehenden und durch die Anzahl ihrer Mitglieder und ihre Leistungen Respekt gebietenden großen wirtschaftlichen Mittelstandsorganisationen völlig ignoriert, wie wenn es keinen organisierten Mittelstand gäbe. Nur die sozialdemokratische Partei hat, faktisch ihre Parteizwecke dadurch fördernd, eine Anzahl Mandate mittelständischen Organisationen zur Verfügung gestellt, selbstverständlich jenem Flügel der mittelständischen Angestelltenorganisation, dessen Führer mangels entsprechender bürgerlicher Vertretung in leicht verständlicher Erkenntnis der Situation sich bereits früher zur sozialdemokratischen Partei bekannt hatten. Dem liberalen Verband des Wiener Gemeinderates war es vorbehalten, statt eine Verbindung mit den großen wirtschaftlichen oder Berufsorganisationen des Mittelstandes zu suchen, der Vertretung des „jüdischen Nationalrates“ den Weg in den Wiener Gemeinderat zu eröffnen.

Es ist beargwünzlich, daß der gesamte Wiener Mittelstand sich abgespalten fühlt durch eine derartige Verkennung seiner dringenden Lebensforderungen. Der Mittelstand, der mehr als jeder andere Stand mit Existenzsorgen zu kämpfen hat, verlangt von der neuen Zeit eine ausgeglichene wirtschaftliche Reformarbeit, die dem arbeitenden Menschen, auch wenn er sich nicht dem Terror einer einzelnen Schicht füt, Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten sichert. Festhaltend an den Ueberlieferungen vieler Generationen, nimmt der Mittelstand auch für sich das Recht in Anspruch, eine Vertretung in den öffentlichen Körperschaften zu finden, die dem einzelnen Angehörigen des Mittelstandes, auch ohne daß er sich einer konfessionellen Vorherrschaft, von welcher Seite immer sie zum Ausdruck gelangt, bezug, ein menschenwürdiges Dasein in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung gewährleistet. Die Bürger und Bürgerinnen unserer Zeit, die den Zusammenbruch des alten Oesterreich miterlebt haben, verabscheuen nichts so sehr als die Spaltung der Interessenvertretung auf Grund der früheren politischen Parteien. Sie kennen die Unfruchtbarkeit des nationalen und konfessionellen Kampfes, die Gefahren des Klassenkampfes, wenn er an die Stelle positiver wirtschaftlicher Arbeit gerückt wird. Angesichts der ausgedehnten Notlage gerade des vermögenslosen Bürgertums durchdringt ein Ruf alle Reihen: die Forderung nach wirtschaftlicher Arbeit zum Wiederaufbau unserer daniederliegenden Volkskraft!

Das Bürgertum wünscht nicht die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, wie sie durch die Diktatur des städtischen Proletariats unausbleiblich und von furchtbarsten wirtschaftlichen Folgen, insbesondere für Wien, begleitet sein müßte. Gerade die jetzige Struktur unseres engeren Vaterlandes verlangt die weitestgehende Verständigung zwischen Stadt und Land, eine direkte Verbindung zwischen den Produktionsgenossenschaften auf dem Lande und den Konsumentenorganisationen in den Städten, dadurch die Sicherung des Absatzgebietes für die bäuerlichen Produzenten auf vorteilhaftester Grundlage und die Vermeidung jedweder Veräußerung wertvoller Lebensmittel sowie die Vermeidung unnötiger Verteuerung derselben durch allzuviel unproduktive Zwischenhände. Das Bürgertum hat das größte Interesse an einer

zielbewußten Konsumentenpolitik auf der Grundlage intensiver Produktionsförderung. Es wird sich immer gegen die Ausbeutungsversuche großagrarischer oder großindustrieller Vorstöße wenden, es wird aber, die Arbeit des Bauern verständnisvoll wertend, stets für den Ausbau der landwirtschaftlichen Schulbildung und die Verbesserung der Lebensmöglichkeiten der Landarbeiter einzutreten haben. Denn nur ein gesunder Bauernstand, der durchdrungen ist von den Lehren der rationellsten Ausnützung aller Kraft- und Wertmengen des vaterländischen Bodens, dem alle technischen Behelfe, alle Errungenschaften der chemischen Wissenschaft und der maschinellen Erzeugung sowie die weitestgehenden Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt sind, wird imstande sein, die Stadtbevölkerung zu ernähren und unsere daniederliegende Volkswirtschaft zu heben. Die Regelung des Mißverhältnisses zwischen Konsumtion und Produktion wird anzustreben sein, aus dem Lande großzügigsten Konsums bei geringster Intensität der wirtschaftlichen Produktion wird eine Stille Sparsamkeit Verbrauches und intensiver wirtschaftlicher Arbeit werden müssen. Unsere Jugend werden wir nach diesen Grundsätzen erziehen müssen, und bei der Berufswahl wird der notwendige Ausbau unserer landwirtschaftlichen, wie überhaupt unserer materiellen Gütererzeugung als Wegweiser aufzustellen sein. Der Ueberproduktion im Sinne der Vermehrung des geistigen Proletariats werden wir zu steuern haben, und die Schule werden in den Dienst der wirtschaftlichen Aufklärung zu stellen sein, damit die Auslese der Tüchtigen zur wirtschaftlichen Reformarbeit im Sinne der Erweiterung unserer Produktionsfähigkeit in alle Kreise der Bevölkerung eindringt.

Das Bürgertum der Städte verlangt für sich jedwede mögliche Erleichterung der Lebensführung durch Verbesserung und Modernisierung aller unserer Marktorganisationen, durch Heranziehung der Konsumenten zu allen Fragen der Preisbildung, der Marktbeschädigung, der Güterverteilung, durch Förderung jedweden Organisationsbestrebens in den Kreisen des bürgerlichen Konsums. Den erwerbenden Männern und Frauen muß durch Erhaltung und Erweiterung der Gemeinschaftskassen, sowie durch Errichtung zahlreicher Einküchenhäuser die standesgemäße Lebensführung bei ökonomischster Verwendung der Mittel sichergestellt werden. Der Notwendigkeit der Alters-, Invaliditäts- und Krankenversicherung der erwerbenden Männer und Frauen des Mittelstandes muß zunächst durch die Förderung aller diesbezüglichen gemeinnützigen Bestrebungen Rechnung getragen werden. Die Wohnungsverhältnisse sollen geregelt werden durch die notwendige Bodenreform, durch Ausbau des Mieterschutzgesetzes und durch tatkräftiges Einschreiten gegen überflüssigen Luxus, wie ihn das Bestehen von Doppelwohnungen einzelner begüterter Familien darstellt. Nicht nur auf dem Papier sollen solche Verordnungen stehen, sondern deren Durchführung muß auch der Bevölkerung bekannt gemacht werden. Der Kampf gegen den Luxus muß in unserem armen Lande auf das energischste aufgenommen werden, unsere Produktion muß nach dem Bedarf der Massen und nicht nach den Verdienstmöglichkeiten der Produzenten eingerichtet werden. Produktionspolitik, nicht Produzentenpolitik ist das dringende Gebot der Zeit! Luxuswaren sollen künftighin nur zum Zwecke des Exports bei uns hergestellt werden, und im künftigen Freihandelsstaat soll gegen das Hereinströmen aller dem Volke notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel keine Zolltarife mehr errichtet werden!

Das sind wirtschaftliche Forderungen, die der Mittelstand für die Zukunft aufstellt. An die Stelle des Schlagwortes von der unbeding-

ten Sozialisierung aller Betriebe, das sich in diesem Augenblick als gefährliches Experiment für unsere daniederliegende Volkswirtschaft darstellt, setzt der Mittelstand die wirtschaftliche Forderung der Rationalisierung der Betriebe im Sinne der intensivsten und ökonomischsten Verwertung von Kraft und Stoff. Dieses System muß unter Andienung aller Errungenschaften der modernen Technik und Wissenschaft bis in die letzten Zweige der Wirtschaft — der hauswirtschaftlichen Tätigkeit unserer Frauen — verfolgt werden. Nur so wird es möglich sein, angesichts der geringen zur Verfügung stehenden Mittel in unserem Lande langsam wieder ein menschenwürdiges Dasein für die Männer und Frauen des Mittelstandes zu schaffen. Die durchgreifende wirtschaftliche Reformarbeit verlangen wir von den zukünftigen Vertretern unserer Interessen in allen Körperschaften, die unter Ausschaltung aller dem Volke bis zum Ueberdruß präsentierten politischen Schlagworte unerbittlich an die wirtschaftliche Arbeit, an die Durchführung der dringend notwendigen wirtschaftlichen Reform zu schreiten haben werden. Die Männer und Frauen, die unter Anerkennung dieser Volkswirtschaftlichen die öffentliche Interessenvertretung aufnehmen werden, werden das Vertrauen und den Dank des Mittelstandes finden.